



Medienmitteilung
24. März 2022

JA zum Filmgesetz

Faire Marktbedingungen schaffen, Schweizer Film und KMU stärken

Internationale Streaming-Plattformen und Fernsehsender verdienen in der Schweiz sehr viel Geld. Heute fließen all diese Einnahmen ins Ausland. Das Schweizer Filmschaffen und mit ihm die Schweizer KMU gehen leer aus. Das neue Filmgesetz sorgt dafür, dass die internationalen Unternehmen auch in die einheimische Wirtschaft investieren. Das ist fair, zumal die Schweizer Anbieterinnen im Fernsehmarkt dazu längst verpflichtet sind. Damit zieht die Schweiz mit ihren Nachbarländern gleich. So erhält die Schweiz auch internationale Marktchancen.

An seiner Medienkonferenz hat das überparteiliche Komitee «Ja zum Filmgesetz» heute die Argumente für das Ja zum Filmgesetz präsentiert. Das Gesetz wurde im National- und Ständerat deutlich angenommen, mit der mehrheitlichen Unterstützung der Mitte, der FDP, der SP, der glp, der Grünen und der EVP.

JA, damit Einnahmen auch in der Schweiz bleiben

Internationale Streaming-Plattformen verdienen in der kaufkräftigen Schweiz sehr viel Geld. Das gleiche gilt für ausländische Fernsehsender mit Schweizer Werbefenster. Doch Anbieterinnen wie Netflix, Amazon Prime oder RTL können die in der Schweiz erzielten Einnahmen vollständig abschöpfen. Das bedeutet: Was die internationalen Anbieterinnen hierzulande verdienen, fließt zwar in ihr internationales Filmschaffen, aber nicht in Schweizer Produktionen. Dies stellt für die Branche in der Schweiz einen gravierenden Wettbewerbsnachteil dar. *«Mit dem neuen Filmgesetz zieht die Schweiz mit ihren Nachbarländern gleich und sorgt für gleiche Produktionsbedingungen für einheimische Filme und Serien»*, sagt Melanie Mettler, Nationalrätin (BE) und glp-Vizepräsidentin.

JA, damit Schweizer Kultur auf Netflix und anderen Plattformen stattfindet

Andrea Gmür, Ständerätin, die Mitte (LU) sagt: *«Bundesrat und Parlament haben mit dem Filmgesetz eine effiziente Vorlage zur Stärkung der Swissness geschaffen. Es ist ein austariertes und faires Konzept»*. Streaming-Anbieterinnen müssen in Zukunft einen kleinen Teil ihres Umsatzes (4%) ins Schweizer Filmschaffen investieren. Das ermöglicht die Produktion von Schweizer Filme und Serien und sorgt dafür, dass die Schweiz ihren Platz auf Netflix und auf anderen Plattformen erhält. Das Angebot auf den Streaming-Plattformen wird damit breiter und vielfältiger. Das kommt allen Zuschauerinnen und Zuschauern zugute. *«Das Filmgesetz schafft Rahmenbedingungen. Es fließen keine Subventionen»*, erläutert Matthias Michel, Kommissionsprecher der WBK-S und Ständerat FDP (ZG). Wie und wo und in welche Projekte das Geld in der Schweiz investiert wird, entscheiden einzig die Marktteilnehmer.

JA, damit die Schweiz mit Nachbarländern gleichzieht

In fast allen westeuropäischen Ländern ist eine Investitionsverpflichtung für Streamingdienste längst gängige Praxis. Mit dem neuen Filmgesetz zieht die Schweiz mit ihren Nachbarländern gleich und sorgt für gleiche Chancen der Schweiz auf dem internationalen Film-Markt. *«Die Schweizer Filmbranche wird enorm davon profitieren, wenn sie gleiche Produktionsbedingungen wie die Filmindustrie in unseren Nachbarstaaten erhält»*, so Regula Rytz, Nationalrätin Grüne (BE). Lilian Studer, Nationalrätin EVP (AG) sagt: *«Es wird den Markt und das Filmschaffen in der Schweiz beleben, wenn Erfolgsserien wie Wilder oder Tschugger Konkurrenz erhalten»*.

Für weitere Auskunft:

Andrea Gmür-Schönenberger, Ständerätin Die Mitte LU : +41 79 375 40 32

Matthias Michel, Kommissionsprecher der WBK-S und Ständerat FDP ZG : +41 41 728 71 68

Melanie Mettler, Nationalrätin GLP BE : +41 78 781 18 48

Lilian Studer, Nationalrätin EVP AG : +41 76 575 24 77

Regula Rytz, Nationalrätin Grüne BE : +41 79 353 86 38

Matthias Aebischer, Nationalrat SP BE : +41 79 607 17 30